

Diesen Artikel finden Sie unter: <http://www.noz.de/artikel/1760525>

Veröffentlicht am: 03.06.2019 um 06:19 Uhr

*Bürgerinitiativen in Melle*

## Stromtrasse: Landkreis Osnabrück sollte mehr Einfluss nehmen

von PM



**Melle. Wie kann Einfluss genommen werden auf eine anwohner- und naturverträgliche Stromtrassenplanung? Über diese Frage sprach Grünen-Landratskandidatin Anna Keschull mit Vertretern der Bürgerinitiative „Keine 380 kV-Leitung am Teuto“. Fast 50 Betroffene nutzten die Gelegenheit zum Gespräch über das weitere Vorgehen.**

Noch bis zum 8. Juli können die Bürger Einwendungen im Rahmen des Raumordnungsverfahrens beim Landesamt in Oldenburg erheben, erklärte der Bissendorfer Initiativensprecher Christian Bräke bei einem Ortstermin am Kammweg in Jeggen. Anschließend wird das Land die Planfeststellung vorbereiten, gegen die geklagt werden kann.

Der Landkreis müsse als Träger vielfältiger öffentlicher Belange mehr Einfluss nehmen, forderte Waldbesitzer Joachim Kellermann von Schele. Schließlich gehe es neben den Beeinträchtigungen vieler Bürger auch um den Schutz des FFH-Gebietes Alt-Schledehauser Berg und der anderen Waldflächen. Die beste Lösung sei die Erdverkabelung auf einer der Bestandstrassen, in die die 110-kV-Leitung von Westnetz integriert werden müsse.

„Bund und Land Niedersachsen weisen sich gegenseitig die Verantwortung für bessere Lösungen zu“, kritisierte Initiativensprecher Frank Vornholt. Während der frühere bayerische Ministerpräsident Horst Seehofer für Bayern rigoros Erdkabel durchgesetzt habe, werde ein solches Engagement seitens der niedersächsischen Landesregierung bisher vermisst.

Vornholt kritisierte zudem, dass entgegen mündlicher Erklärungen aus dem Landtag von Niedersachsen die kostensparende und schneller realisierbare AGS-Technik für Erdverkabelung bisher nicht aufgegriffen wurde.

In Vorbereitung sei die Nutzung der AGS-Technik in ostdeutschen Bundesländern, auch aus China sei Interesse bekundet worden. „Dann droht uns nach dem Transrapid auch noch diese innovative Technik verloren zu gehen“, beklagte Vornholt. Hingewiesen wurde in diesem Zusammenhang auch auf Störungen, die fortschrittliche landwirtschaftliche Fahrzeuge zukünftig durch Wirkungen von Höchstspannungstrassen bekommen könnten.

Nach Auffassung von Anna Kebschull muss der Bund die Grundsteuerung der Stromtrassenplanung umkehren. „Neue Technologien, wissenschaftliche Erkenntnisse und regionale Kompromisse müssen vorrangig Berücksichtigung finden vor der starren Grundregel, dass Überlandleitungen Vorrang haben“ meinte die Landratskandidatin.

Zudem müsse die Notwendigkeit neuer Trassen für die Energiewende mit dezentraler Ausrichtung nachgewiesen werden, die nicht der Verlängerung der Kohleverstromung dienen dürften.

Copyright by Neue Osnabrücker Zeitung GmbH & Co. KG, Breiter Gang 10-16 49074 Osnabrück

Alle Rechte vorbehalten.

Vervielfältigung nur mit schriftlicher Genehmigung.